

Für einen praktischen Radikalismus der Linken

Wolfram Elsner^{*)}, Klaus-Rainer Rupp^{**)}, Christoph Spehr^{***)}

Die Linke in den Parlamenten – Überrascht?

Die Linke ist wieder in den Parlamenten. Eine neue Situation für die alte Bundesrepublik. Und eine neue Situation für die neue Linke. Es kam - nach der brutalen Abschaffung der ‚rheinischen‘ Variante des Kapitalismus (‚Sozialstaat‘), v. a. durch ‚Rot/Grün‘, nach den unübersehbaren ökonomischen, finanziellen, sozialen, ökologischen und moralischen Krisen, nach der unübersehbaren Zerstörung öffentlicher Handlungskompetenz und schließlich nach der Bündelung der linken Kräfte für soziale Gerechtigkeit – dann doch erstaunlich schnell, hat viele überrascht, auch die Linke selbst.

Bremen war nicht zufällig das erste alte Bundesland, in das die Linke in Fraktionsstärke in das Landesparlament gewählt wurde. Ein kleiner Stadtstaat ist in vieler Hinsicht ein Reagenzglas krisenhafter Prozesse und ein Labor für Innovationsversuche kritischer Kräfte. Das kleinste Bundesland befindet sich seit den achtziger Jahren in einer extremen öffentlichen Haushaltsnotlage und hat dabei in drei ‚großen‘ Koalitionen in Folge eine bleierne Zeit des Neoliberalismus, des Sozial- und Staatsabbaus und der Geldverschwendung für Beton, Pomp und Seilschaften erleben müssen, hat aber eben auch mehr als zehn Jahre einer linken kommunalpolitischen und finanzpolitischen Alternativendiskussion, hart an den aktuellen Entwicklungen orientiert, vorzuweisen gehabt¹.

Linke Politik als Parlamentsarbeit?

Die Position eines Parlamentsabgeordneten im politischen System der Bundesrepublik ist von sehr begrenztem Einfluss. Allerdings ist man auch nicht wirklich darauf vorbereitet, wenn ein Landesverband einer linken Partei erstmals eine Fraktion in den Landtag schicken kann. Die Frage ‚Was würden wir tun, wenn wir in dieser Situation wären, wie würden wir unsere grundsätzlichen Ziele und Ansprüche in konkretes Handeln umsetzen?‘ stellen wir uns vorher kaum.

^{*)} Wolfram Elsner, Professor für Volkswirtschaft, Strukturforschung und Wirtschaftspolitik, Universität Bremen. 1986-89 Leiter der Wirtschaftsförderung einer Großstadt, 1989-95 Leiter der Planungsabteilung eines Wirtschaftsministeriums, 1991-2000 Beauftragter für Rüstungskonversion in Bremen.

^{**)} Klaus-Rainer Rupp, Diplomingenieur, Verfahrenstechniker, seit 1984 Inhaber eines Ingenieurbüros für Steuerungs- und Automatisierungstechnik. 2000-2007 Landesvorsitzender der PDS, dann der LINKEN, in Bremen, seit 2007 Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft, stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

^{***)} Christoph Spehr, Sozialwissenschaftler, Autor. Seit 1993 Redakteur der Zeitschrift „alaska“, seit 2000 Tätigkeiten und Veröffentlichungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2006-2007 Parteibildungsbeauftragter bei der LINKEN in Bremen, seit 2007 Mitarbeiter bei der Fraktion.

¹ siehe z. B. W. Elsner: Industriepolitik und neoliberales Sanierungs-Regime im Stadtstaat. Die Freie Hansestadt Bremen, in: W. Krumbein, A. Ziegler (Hg.), Perspektiven der Technologie- und Innovationsförderung in Deutschland, Reihe ‚Standortdebatte‘, Marburg 2005, 224-257.

Viele meinen, man könne typische linke Ansprüche mit der Position als Parlamentarier gar nicht in Einklang bringen. Da sind zum einen die etablierten Parteien, Kapital- und Interessengruppen, die Geld- und Macht-,Eliten', nicht vorrangig Gewählte, aber selbst-ernannte ‚Auserwählte'. Sie suggerieren uns die absolute Alternativlosigkeit zu ihrem neoliberalen Kurs (der ja weder ‚neo' ist noch, da vorrangig dem großen Kapital dienend, liberal sein kann). Jede noch so kleine Abweichung von der herrschenden Politik gilt pauschal als unmöglich, ja geradezu blasphemisch. Schon für kleinste, kosmetische Kurskorrekturen wird sogar ein SPD-Vorsitzender und ursprünglicher Kanzlerkandidat von der neoliberalen, fundamentalistischen wirtschaftlichen, politischen und medialen Einheitsfront ins Aus gemobbt.

Auch Teile der Linken und der Partei der Linken gehen davon aus, dass man als linker Parlamentarier nichts bewegen kann. Weil ja Kapitalismus ist, weil die Machtverhältnisse so sind wie sie sind und weil im Parlament die eigentlichen Entscheidungen gar nicht fallen. Man tausche nur Personal und Parteien aus, aber das System der Herrschaftsbeziehungen lasse sich dadurch nicht ändern.

In der Tat haben wir die korrumpierende Kraft des Parlamentssystems historisch und aktuell erlebt. Nicht nur als die SPD Ende des vorletzten Jahrhunderts in die Parlamente kam und in wenigen Jahren von der internationalistischen Massenpartei zur nationalistischen kriegsbereiten Parlamentspartei mutierte. Zuletzt konnte man bei den Grünen in den neunziger Jahren verfolgen, wie Parlamentsmandate korrumpieren, wie Druck auf kritische Abgeordnete ausgeübt wird, wie sie zugleich umsorgt und umschmeichelt werden, wie sich die Persönlichkeit verändert. Plötzlich ist man wichtig, kann den ganzen Tag über Gott und die Welt reden, hat zu allem etwas zu sagen, ist begehrt bei den Medien, wird zitiert, ist mit den wichtigsten Dingen des Staates und der globalen Politik befasst, debattiert in Ausschüssen und wird protokollarisch festgehalten, bekommt Zugänge zu den Kreisen und Events der Herrschenden. Der Parlamentarismus ist ein seit mehr als hundert Jahren gut ausgeklügeltes und systematisch entwickeltes System der Korruption, Anpassung und Veränderung der Parlamentarier.

Ohnmacht, Macht und Selbstentmachtung der Parlamente

Es stimmt, dass viele Entscheidungen nicht oder nicht mehr im Parlament fallen und wenn, dann nur zugunsten der vorgegebenen Kräfteverhältnisse. Entscheidungen fallen in Koalitionsausschüssen und Regierungssitzungen, in Parlamenten werden sie in der Regel nur noch nachvollzogen. Der Erfolg außerparlamentarischer Interventionen, die durchaus häufig sind, hängt ab von der realen oder vermuteten Macht der Akteure. Wenn ein Unternehmen mit Sitz in der Stadt sagt, die Umweltzone muss geändert werden, weil die Angestellten sonst ihre Autos umrüsten müssen, dann findet das Berücksichtigung. Wenn Hartz-IV-Empfänger sagen, der Heizkostenzuschuss muss an die realen Heizkosten angepasst werden, hat das (noch) keinen Effekt.

Trotzdem darf die Macht von Parlamenten nicht unterschätzt werden. Ohne parlamentarische Beschlüsse geht gar nichts, nur durch sie entsteht Gesetzeskraft. Rein formal sind Parlamente in der Lage, wichtige und weitreichende Entscheidungen zu fällen, und sie könnten selbst Machtkämpfe mit den mächtigen etablierten Interessen führen, wenn sie von anderen Gruppen dabei unterstützt werden.

Gerade in den Jahren seit Beginn der ‚rot-grünen‘ Koalition im Bund, haben Parlamente sich in hohem Maße selbst handlungsunfähig gemacht. Dies ist eine andere Situation, als sie in den 60er und 70er Jahren bestand. Parlamente schränken heute ihren Handlungsrahmen ständig selbst ein. Sie befinden sich mit ihrer Politik notwendigerweise – quasi systemisch bedingt - auf der Flucht vor der Demokratie, auf der Flucht vor ihren tatsächlich bestehenden Möglichkeiten, auf der Grundlage gesellschaftlicher Kräfte- und Meinungsverhältnisse weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Die politischen ‚Blutgruppen‘ der Linken

Das Spannungsverhältnis zwischen der potentiellen Macht der Parlamente und ihrer Selbstverweigerung, diese Macht auszuüben, wird von der Linken meist wenig beachtet. Das hängt oft damit zusammen, dass Linke dazu neigen, Widersprüche schematisch aufzulösen, weil sie nicht darin geübt sind, sie bewusst zur Kenntnis zu nehmen und produktiv mit ihnen umzugehen (wohl aber darin, die daraus resultierende Frustration auszuhalten). Wenn in konkreten Kräfteverhältnissen Politik gemacht wird, sehen typische Widersprüche so aus:

A		B
Systemkritik	↔	Interessenvertretung
Kritik des reinen Parlamentarismus	↔	Kampf um Machtpositionen
Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderung	↔	Notwendigkeit von Zwischenschritten
Protest	↔	‚Mitspielen‘, Verhandlungen und Kompromisse.

A und B sind so etwas wie die Blutgruppen linker Politik. Wer sich nur an A hält, kann alles kritisieren, aber wenig verändern. Zwar führt außerparlamentarischer Protest, wenn er denn stark genug ist, sehr wohl zu Änderungen in der Politik. Wer aber nur den Protest organisiert, überlässt es den etablierten Kräften, was daraus gemacht wird – ob nur ein paar modifizierende Änderungen eingebaut werden, oder ob die Veränderungen darüber hinausgehen. Auch kann außerparlamentarischer Protest nur erfolgreich mobilisiert werden, wenn er sich auf konkrete Forderungen richtet. Hierfür sind linke Wahlprogramme und Analysen in der Regel nicht konkret genug. Sie haben nicht den Charakter umsetzbarer Vorlagen, sie können viele konkrete Probleme des Politikvollzugs nicht berücksichtigen, und natürlich sind sie nicht, wie das Zauberwort der typischen Ausschussvorlage heißt, ‚abgestimmt‘ mit der Verwaltung, mit anderen Ressorts oder relevanten Institutionen. Sie konzentrieren sich auf die Analyse und auf die grundsätzliche Richtung, die man nicht 1:1 in konkrete Politik umsetzen kann. Eine reine Politik der Blutgruppe A organisiert sich daher die eigene Frustration – beziehungsweise die Bestätigung des Vorurteils, dass man im bestehenden Rahmen nichts machen kann.

Wer sich dagegen nur an B hält, kann ‚mitreden‘, aber nichts wirklich anders machen. Der Anspruch der politischen Opposition kommt abhanden, weil man unter allen Umständen ‚anschlussfähig‘ sein will. Man hört nach und nach auf, etwas zu wollen, was

nicht in die herrschende Politik passt, denn damit würde man sich isolieren und vermeintlich alles verspielen. Man will ‚konstruktiv‘ sein, denkt in Koalitionen und formalen ‚Mehrheiten‘, man denkt vorschnell an Regierungsbeteiligung, aber häufig ohne reale Veränderungsmöglichkeiten. Man will endlich zeigen, dass die Linken es besser können, dass sie solidere, professionellere Arbeit machen, den Staat handlungsfähig erhalten oder erst wieder machen, dass sie ernst zu nehmen sind, verlässliche Partner. Da kommen dann gespenstische Diskussionen innerhalb der Linken auf, die zeigen, wie schnell sich manche auf plattes Alltagsbewusstsein herunter-‚kompromissen‘ lassen, z.B. auf eine abstrakte Solidität des Staatshandelns, wonach ein guter Staatshaushalt vor allem einer ist, der keine Schulden aufnimmt und dafür ordentlich an den Sozialausgaben spart.

Dem Spannungsverhältnis, den Widersprüchen entgeht man nicht, und das ist auch gut so. Die Praxis lehrt also, dass es eine Blutgruppe AB geben muss, Systemkritik und Interessenvertretung, grundsätzliche Alternativen und konkrete Schritte. Aber wie geht das?

Der Kreislauf der Selbstentmachtung

Laut Umfragen und nach Wahlbeteiligungen nimmt der Rückhalt für den Parlamentarismus seit Jahren dramatisch ab, Tendenz weiter fallend. Lösungen und Fortschritte werden von Parteien und Parlamenten kaum noch erwartet. Neben dem klassischen ‚Die machen ja doch, was sie wollen‘, hört man immer mehr auch ‚Die können ja doch nichts machen.‘

Das ist wahr und auch falsch. Parlamente machen derzeit nicht viel mehr als eine Verwaltung des Mangels und der Probleme, plus Ideologieproduktion und Legitimationsbeschaffung für Neoliberalismus und seine globalen Raubzüge um die letzten Märkte und Ressourcen. Handlungsinkompetenz, Ideen-, Mut- und Perspektivlosigkeit, gepaart mit zunehmender Arroganz und Sozialhass à la Sarrazin, Schröder, Müntefering und Clement, Staats- und Sozialzerstörung, Medienangst und die Opfer zu Schuldigen machen – das werden zunehmend die Kernkompetenzen des Politikers, und auch des Parlamentariers. Die über Jahre anhaltende Frustration des Parlamentariers schlägt um in Selbstmitleid und Wut auf das Volk, dem man die Werte des rheinischen (Sozialstaats-) Kapitalismus immer noch nicht aus den Köpfen geprügelt hat, obwohl man sie in Deutschland finanziell und moralisch durch die Agendapolitik schon weit mehr degradiert hat, als dies in den anderen entwickelten OECD-Ländern der Fall ist (und weit mehr verarmt hat, als sich das konservative Regierungen je wagen würden). Und dieses Volk will immer noch keine Kriege, will immer noch soziale Gerechtigkeit und leistet sich jetzt auch noch eine Linke mit vielleicht 15% - bis vor kurzem in Deutschland unvorstellbar. Dem Volk kann man nicht mehr trauen. Wer ihm traut und seine Interessen, Gedanken und Hoffnungen an- und ausspricht, ist ein ‚Populist‘.

In diese Situation haben sich die Parlamentarier selbst gebracht. Es gibt einen Kreislauf der Selbstentmachtung:

Selbstentmachtung durch freiwillige Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten

Steuersenkungen für Großkapital, Finanzinvestoren und große Vermögen; Privatisierung und Verkauf öffentlichen Vermögens; Zustimmung zu EU-Rahmenrichtlinien (Dienstleistungsrichtlinie, ‚Gleichstellung‘ öffentlicher und privater Anbieter)



Delegitimation in der öffentlichen Meinung

Politik löst keine Probleme; kaum Unterschiede zwischen den etablierten Parteien; Menschen werden belehrt oder beschimpft, aber nicht gehört.



reale **Ohnmacht** der Politik, die geringere Wahlbeteiligung immer weniger Menschen mobilisieren kann

Abnehmende Mitgliederzahlen der Parteien; Amerikanisierung der Wahlkämpfe

Das parlamentarische System, in den Händen der etablierten Parteien, diskreditiert sich also selbst. Und das ist neoliberales Programm, hat System, ist von Strategen lange vorgedacht. Die Selbstentmachtung und Delegitimation der Parlamente wird betrieben, um das neoliberale Programm durchzusetzen, der schlanke Staat soll sich in letzter Instanz auf die Funktionen Polizei/Überwachung, Justiz und Finanzverwaltung beschränken, die soziale Steuerung und Kontrolle der Gesellschaft privaten Unternehmen und ‚Experten‘ überlassen, und ‚der Wirtschaft‘ nicht mit eigenen Ansprüchen in die Quere kommen. Kapitalverwertung mit den neuen globalen Renditeansprüchen von 25% und mehr ist nicht mehr mit möglichen ‚Störungen‘ aus den Parlamenten vereinbar.

Das Beispiel Bremen

Das sind keine abstrakten Befürchtungen, sondern ist reale Politik. Am Beispiel Bremens etwa. Bremen ist seit Ende der 80er Jahre Haushaltsnotstands-Land. Das hat zu tun mit Strukturwandel und Niedergang der Werftenindustrie, aber auch mit der Tatsache, dass die Stadtstaaten sowohl aufgrund der regionalen Zersiedelung (‚Suburbanisierung‘), aufgrund der Steuerzerlegung und -aufteilung (Lohnsteuer, Umsatzsteuer nach Einwohnerprinzip) als auch im Länderfinanzausgleich schlecht wegkommen (Berlin kann seinen Haushalt nur decken, weil es im Moment noch 1,9 Mrd. im Jahr zusätzlich erhält aus dem Zuschlag für die ostdeutschen Bundesländer, Hamburg ist als globales Zentrum die Ausnahme). Die ‚Steuerreformen‘ auf Bundesebene haben die Finanzierung von Ländern und Kommunen untergraben. Lange Zeit wurde das strukturelle Defizit durch Verkäufe öffentlichen Eigentums verdeckt. Nach der Welle der Privati-

sierung ist klar: Bremen ist pleite. Die Bevölkerung verarmt, besonders schlimm in den Stadtteilen mit schwierigen Sozialindikatoren.

Die ‚Große‘ Koalition hat nach Ende der Sanierungshilfen durch den Bund 2005 erneut eine Klage in Karlsruhe eingereicht (die dritte), für die Bremen sich in vorausseilendem Gehorsam bereits verpflichtet hat, bis 2019 kontinuierlich öffentliches Dienstleistungspersonal abzubauen und die Ausgaben für Soziales, Bildung, Arbeit, Kultur kontinuierlich zu kürzen, um genau vorgegebene jährliche Prozentzahlen. Die ‚rot-grüne‘ Koalition, die seit 2007 regiert, hat diese Verpflichtung vollständig übernommen.

Das ist Selbstentmachtung konkret. Die Selbstentmachtung der Bundespolitik durch Steuersenkungen und Niedersparen von Ländern und Kommunen wird noch mal gespiegelt, umgesetzt und verstärkt in der Selbstverpflichtung der Landespolitik, nichts Substantielles mehr zu tun, sondern nur noch Armutsproduktion, -verwaltung und -kontrolle zu leisten. Beschäftigungsförderung und Kulturförderung laufen bereits fast ausschließlich über EU-Gelder ab und sind darüber programmatisch festgelegt. Auf Landesebene zu entscheiden ist, so die Botschaft, praktisch nichts mehr. Bei einem Ausgabenvolumen von 3,843 Mrd. Euro (Land und Stadtgemeinde Bremen) beträgt der Anteil „gestaltbarer Ausgaben“, d.h. der nicht bereits durch gesetzliche Verpflichtungen, Zinszahlungen und längerfristige Bindungen verplanten Mittel, 38 Mio. Euro – gerade mal 1 Prozent.² Die großen Koalitionen haben dabei 12 Jahre lang in Mittelbindungsorgien säuberlich dafür gesorgt, dass die Zukunft, auch mit Blick auf eine stets drohende ‚rot-grüne‘ Koalition, vernagelt wird mit Budgetfestlegungen für Beton-, Event- und Klientelprojekte.

Der Kreislauf der Selbstentmachtung ist geschlossen: Selbstentmachtung durch die Verpflichtung, nur noch zu sparen. Das Parlament entmachtet sich selbst durch die Festlegung auf abstrakte Kürzungsvorgaben. Das Parlament entmachtet künftige Generationen, Wähler und Parlamentarier gleich für eine lange Zukunft. Weit über die Legislaturperiode hinaus wird festgelegt, dass immer weitere Kürzungen vorgegeben sind. Politik wird in der Bevölkerung delegitimiert. Die Mitgliederverluste der SPD in Bremen sind überproportional. Es gibt erhebliche rechtsextreme Stimmenanteile, vor allem in Bremerhaven. Die Ohnmacht ist real: In der Föderalismuskommission II und in Karlsruhe werden jetzt die Bremer Sparziele als selbstverständliches Minimum vorausgesetzt, auf die nochmals draufgesattelt werden soll. Auch wenn die Steuereinnahmen wieder steigen (wie in 2007 geschehen), liegen die Sparziele fest, weil sie wasserdicht gegen alle äußeren Veränderungen gemacht worden sind, Demokratie hin oder her. Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften ist gering, weil ihr Führungspersonal seit ewig personell bei der SPD eingebunden ist. Und mögliche Adressaten möglicher Forderungen, wie die SPD, haben ihre Handlungsunfähigkeit ja schon längst, überdeutlich und nachhaltig kommuniziert.

² Senatorin für Finanzen, Finanzplanung 2007 bis 2011, Bremen 2007, S. 15.

**Systemkritisch, verständlich, operationalisierbar:
Linke Politik am Beispiel des Konzepts der ‚Sozialen Schulden‘**

Die Grünen verteidigen den Katastrophenkurs neuerdings u.a. so: Die Überschuldung des Haushalts treffe zuallererst die Armen, deshalb sei die Forderung der LINKEN, Geld für Armutsbekämpfung auszugeben, in Wahrheit gegen die Armen gerichtet.

Dass man ein solches Argument offen vertreten kann, sagt einiges über die Situation, in die wir durch die Selbstentmachtung der Parlamente geraten sind. Die Voraussetzung, von der hier ausgegangen wird – dass nämlich die öffentlichen Einnahmen nicht anhand einer bedarfsgerechten Ausgabenplanung zu steuern sind, sondern quasi gottgegeben hinzunehmen sind – ist auf Landesebene leider real. Die Einnahmeseite des Landeshaushalts bestimmt sich nahezu ausschließlich durch Bundesvorgaben, nämlich die Steuerpolitik des Bundes und die Regeln des Länderfinanzausgleichs. Auf Landesebene lautet die Entscheidung daher seit geraumer Zeit lediglich: Ausgaben kürzen, oder Schulden machen. Immer weitere Ausgabenkürzungen erscheinen so als die zwar hässliche, aber unvermeidliche Entscheidung, um nicht weitere Belastungen für zukünftige Haushalte aufzuhäufen.

Dabei wird jedoch unterschlagen, dass das Unterlassen notwendiger Ausgaben für Soziales, Bildung, Beschäftigung und soziale Infrastruktur ebenfalls Schulden erzeugt – soziale Schulden. Wenn die zur Reproduktion des Gemeinwesens notwendigen Ausgaben nicht mehr getätigt werden, entstehen Schäden, die später kaum noch oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu reparieren sind. Abgebrochene Bildungskarrieren durch unzureichende Förderung, verfestigte Arbeitslosigkeit durch unzureichende öffentliche Beschäftigungspolitik, überforderte Familien durch fehlende soziale Hilfen, fehlende Kinderbetreuungsangebote und fehlendes Einkommen, Stadtteile mit eskalierenden sozialen Problemen durch unzureichende Jugendangebote, fehlende öffentliche Infrastruktur und bankrotte soziokulturelle Projekte: all das sind soziale Schäden, die nicht nur menschliche Katastrophen darstellen, sondern auch eine Form ökonomischer Verschuldung. Ein haushaltstechnisch saniertes Gemeinwesen, wenn es durch blinde Kürzungspolitik saniert wurde, kann in Wahrheit ökonomisch bankrott sein – wenn es nämlich soziale Zustände in Kauf genommen hat, die eine normale Reproduktion des Gemeinwesens erst durch gewaltige Investitionen wieder erreichbar machen.

Die Entscheidung lautet daher eben nicht, Ausgaben kürzen oder Schulden machen. Für die Landesebene, von der aus die Einnahmeseite des Haushalts nicht beeinflusst werden kann, lautet die Entscheidung: soziale Schulden machen, oder finanzielle. Aus sozialer Verantwortung, aber auch aus ökonomischer Vernunft muss, wenn bereits Verarmung und soziale Desintegration stattfindet, die Bekämpfung sozialer Schulden oberste Priorität haben. Diesen Gesichtspunkt entwickelt und anschaulich klar gemacht zu haben, war ein wesentliches Verdienst der LINKEN in der Bremischen Haushaltsdebatte.

**Systemkritisch, verständlich, operationalisierbar:
Linke Politik am Beispiel der Haushaltsverhandlungen**

Die LINKE hat bei den Haushaltsverhandlungen in Bremen beispielhaft agiert, zur allgemeinen Überraschung. Sie hat sich intensiv mit der Finanzlage beschäftigt, hat öffentliche Anhörungen mit Initiativen, Verbänden, Betroffenen durchgeführt und diese zur

Grundlage von Änderungsanträgen gemacht. Sie hat eine Broschüre mit Thesen zur Haushalts- und Finanzpolitik in Bremen herausgegeben und sich umfassend schlaue gemacht. Am Ende brachte die LINKE im Haushaltsausschuss und im Parlament ein Paket von 42 Änderungsanträgen ein, die sowohl Anliegen aus den Anhörungen als auch Einstiegsmaßnahmen darüber hinaus umfassten. Der Finanzumfang der linken Anträge war, gemessen an den Problemen, relativ bescheiden. Das linke Sofortprogramm summierte sich auf 223 Mio. Euro für beide Haushaltsjahre 2008 und 2009 zusammen und hätte eine Ausgabenerhöhung um knapp 3 Prozent bedeutet – ein ausgesprochen maßvolles Anliegen, gemessen an der Selbstentmachtung der Bremer Politik aber schon geradezu umstürzlerisch.

Die Anträge wurden abgelehnt, eine Reihe von Forderungen wurde dann aber von der Koalition selbst aufgegriffen, es wurden Kürzungen bei sozialen Projekten zurückgenommen usw. Die Verschiebung der Lohnanhebung im Öffentlichen Dienst wurde zeitlich verkürzt. Vor allem aber veränderte das Agieren der LINKEN zum Haushalt das politische Klima.³

Armut in Bremen ist seitdem ein Thema, an dem auch die anderen Parteien nicht mehr vorbei kommen. Der Handlungsdruck, etwas gegen die zerstörerischen Folgen des Sanierungskurses der letzten Jahre zu tun, ist größer geworden.

Die LINKE hat dabei in den Haushaltsberatungen eine Strategie entwickelt, wie man gegen den Kreislauf der Selbstentmachtung Politik von links machen kann. Sie hat mit dem Konzept der sozialen Schulden einen systemkritischen Ansatz gewählt und sich nicht darauf beschränkt, innerhalb der Vorgaben der etablierten Politik zu agieren. Die zentrale Forderung, aus der langfristigen, nach Karlsruhe gemeldeten Selbstverpflichtung zur immer weiteren Kürzung der konsumtiven Ausgaben auszusteigen, bedeutete einen Bruch mit dem überparteilichen Konsens und der neoliberalen Scheinlogik.

Die LINKE hat sich in den Haushaltsberatungen bemüht, eine breit verständliche Politik zu machen, anstatt die Delegitimation der herrschenden Politik zu bedienen. Sie hat die Situation in einer Weise aufbereitet, die für die Bevölkerung nachvollziehbar war, und diese Darstellung öffentlich verbreitet, um den Konsens der Selbstbeschränkung aufzubrechen. Sie hat es vermieden, die Kritik an der Regierung vorrangig auf ‚easy targets‘ wie handwerkliche Fehler, Klientelbedienung und Selbstbereicherung abzustellen, sondern die öffentliche Auseinandersetzung darum gesucht, was anders gemacht werden kann.

Schließlich hat die LINKE ihre Vorschläge konkret operationalisiert und so einen Gegenentwurf zur herrschenden Ohnmacht gemacht. Die in den Anträgen vorgestellten Lösungsvorschläge wären in dieser Form unmittelbar umsetzbar gewesen. Kosten und Mehrausgaben waren berechnet. Ein Teil der Operationalisierungs-Strategie war es, die vorgeschlagenen Mehrausgaben auf die Summe der Steuermehreinnahmen zu beziehen. Die LINKE forderte, diese zur Armutsbekämpfung einzusetzen, statt sie in eine Verringerung der Neuverschuldung zu stecken. Auch diese Entscheidung, so maßvoll

³ In der Zeit seit der Beschlussfassung des Haushaltes hat der rot-grüne Senat eine Reihe von Einzelbeschlüssen gefasst, die verblüffend genau einzelnen Anträgen der LINKEN in den Haushaltsberatungen entsprechen. So wurde, wie von der LINKEN gefordert, die Zahl der Casemanager im Jugendamt gesteigert, der Einnahmeausfall bei der Förderung kultureller Projekte ausgeglichen und die Zahl der MitarbeiterInnen im Stadtamt angehoben.

und vernünftig sie auch gewesen wäre, hätte allerdings einen Bruch mit der Karlsruhe-Selbstverpflichtung bedeutet.

Systemkritisch, verständlich nach draußen, operationalisierbar nach innen: Das wäre eine Strategie AB, die aus dem Dilemma zwischen Systemkritik und eingreifender Politik herausführt. Eine solche Strategie bewegt sich gedanklich außerhalb der scheinbar unverrückbaren Regeln, aber sie verfällt nicht der Illusion, der bloße Widerspruch allein werde es schon richten, sondern bemüht sich darum, allgemein nachvollziehbare Darstellungen zu finden und konkret umsetzbare Vorschläge zu machen.⁴

Systemkritisch, verständlich, operationalisierbar: Linke Politik am Beispiel des Masterplans ‚Armutsbekämpfung‘

Die LINKE in Bremen hat diesen Ansatz in ihrer Kampagne zur Armutsbekämpfung weitergeführt. Die Linksfraktion organisierte eine öffentliche ‚Armutskonferenz‘, die Vorträge, Kulturbeiträge und Workshops mit Praktikern aus Stadtteilen, Initiativen und Verwaltung verband. Vorgeschaltet waren Diskussionsveranstaltungen (‚Armut als Klassenprojekt‘). Die Ergebnisse der Konferenz werden derzeit in Öffentlichkeitsmaterial umgesetzt. In die Bremische Bürgerschaft hat die LINKE einen Antrag eingebracht, der vom Senat die Aufstellung eines regionalen ‚Masterplan Armutsbekämpfung‘ fordert und begründet.

Der Hintergrund dieses Antrags war ein doppelter. Zum einen mangelt es in Bremen inzwischen nicht mehr an kritischen Analysen der Armutsentwicklung und an konkreten Vorschlägen, mit welchen Maßnahmen hier eingegriffen werden müsste. Arbeitnehmerkammer, Gesundheitsamt, Sozialverbände haben hierzu intensive Beiträge geleistet. Ebenso gibt es eine breite Szene von Initiativen und Betroffenen-Organisationen, die sich ebenfalls ein erhebliches Fachwissen auf dem Feld der Armutsbekämpfung erarbeitet haben. Die Quartiersmanager in den Stadtteilen und viele Abteilungen der öffentlichen Verwaltung haben sehr konkrete Erkenntnisse, wo anzusetzen wäre. In der Praxis werden diese Erkenntnisse und Vorschläge von der Politik jedoch ignoriert, ja unterlaufen. Aus den Ressorts werden regelmäßig Ausgabenkürzungen geplant, die dazu völlig kontraproduktiv sind. Der Vorschlag der LINKEN, in einem partizipativen Prozess eine Rahmenplanung zu erarbeiten, wie und in welchen Schritten Armut zurückgedrängt werden kann, setzte hier an.

Zum anderen hat die Politik in Bremen ein Faible für Masterpläne. Es gibt Masterpläne zu allem und jedem, vor allem zur geschickten langfristigen strategischen Absicherung neoliberaler Kernanliegen. Der Begriff ist deshalb nicht durchweg beliebt, weil z.B. auch

⁴ Ähnlich funktioniert auf Bundesebene die Mindestlohnkampagne. Sie enthält eine grundsätzliche Systemkritik, nämlich am Warencharakter der Arbeit. Sie ist verständlich und klar nachvollziehbar. Sie beinhaltet Anträge und Vorschläge, die so konkret sind, dass man sie sofort hätte umsetzen können. Entsprechend groß ist der Druck, den diese Kampagne ausgelöst hat. Sie hat auch gezeigt, dass sinnvolle Arbeit in Parlamenten dazu beitragen kann, außerparlamentarische Kräfteverhältnisse zu verändern. Die Systemkritik, Verständlichkeit und Operationalisierbarkeit der Kampagne hat Menschen mobilisiert, ihre Hoffnungen und ihr Vertrauen und Selbstvertrauen wieder geweckt und gerade politikfernere Gruppen, auf die das politische Establishment glaubt wenig Rücksicht nehmen zu müssen, ansatzweise in die politische Arena hereingeholt. Dadurch verändern sich Kräfteverhältnisse, und die wirken dann auch wieder auf Regierungen und Parlamente.

die neoliberale Umstrukturierung und Personalkürzung bei den öffentlichen Kliniken ‚Masterplan‘ heißt. Der Grundgedanke, Formen politischer Steuerung zu entwickeln, die problemorientiert sind und nicht ressortorientiert, die Zielzahlen und Etappen enthalten und deren Fortschritt evaluiert und überprüft werden kann, ist aber nicht falsch. Es kommt darauf an, auf was man ihn anwendet, mit welchen Zielen und wie man ihn durchführt. Bezogen auf das Thema ‚Armut‘ bedeutet das, dass man sich nicht mit Verwaltung und ‚business as usual‘ begnügt, sondern tatsächlich das Ziel formuliert, die Verteilungskatastrophe und die sich rasend beschleunigenden Armutsprozesse zu stoppen und perspektivisch umzukehren. Die Selbstentmachtung der Politik wird durchkreuzt, sie wird nicht akzeptiert.

Auch hier werden wieder Systemkritik, Verständlichkeit und Operationalisierung verbunden. Auch der vorgeschlagene Masterplan Armutsbekämpfung wurde in der Bremischen Bürgerschaft abgelehnt. Es wird jetzt darauf ankommen, den damit beabsichtigten Prozess der partizipativen Erarbeitung eines konkreten Handlungskonzepts dann eben ohne die etablierten Parteien zu beginnen, was den Druck auf diese weiter erhöhen wird.

Praktischer Radikalismus: Ein Experiment mit offenem Ausgang

An der Schnittstelle zwischen Parlamentarismus (aus der Opposition) und außerparlamentarischer Bewegung verfolgt die LINKE so das Prinzip, „Ideen zu entwickeln, die so viel Charme haben, dass man ihnen nur schwer widerstehen kann.“ Das ist ein wichtiger Grundsatz geworden. Kritische, verständliche, operationalisierbare Ideen kann man mit entsprechenden Mehrheiten zwar ablehnen, aber man kann sie nicht abtun, man muss sich letztlich mit ihnen auseinandersetzen.

Wenn man sich auf dieses Feld begibt, betreibt man etwas, was man als „praktischen Radikalismus“ bezeichnen kann. Man lässt sich ein auf die Formen, wie in einer komplexen Gesellschaft Entscheidungen zustande kommen. Aber man weigert sich, die Schere im Kopf zu übernehmen, die damit üblicherweise verbunden ist. Und man wertet beständig öffentlich aus, was man damit erreicht und was nicht, und stellt sich der Diskussion darüber. Wenn man sich auf einen praktischen Radikalismus einlässt, dann hat das Folgen. Es hat Rückwirkungen auf die Art, wie Linke arbeiten, auf die Vorstellungen, die wir uns von Demokratie und Sozialismus machen. Praktischer Radikalismus zwingt die Linke dazu, sich nach außen zu öffnen, mit der Zivilgesellschaft zu arbeiten, ihr die Ressourcen nutzbar zu machen, die der bürgerliche Parlamentarismus für sich behalten möchte.

Praktischer Radikalismus ist also ein Experiment, das zahlreiche Implikationen hat. Er zwingt uns, die Frage „Wie hältst du’s mit der Macht?“ konkret zu beantworten, sie entlang unserer demokratischen und sozialistischen Überzeugungen durchzuarbeiten. Wenn der Einzug der Linken in die Parlamente dazu beiträgt, dann und nur dann kann die Linke ihre produktive Differenz zur etablierten Politik aufrechterhalten und Gesellschaft verändern.